

A2 Echte Lösungen statt Scheindebatten - Nein zum sozialen Pflichtjahr!

Gremium: Vorstand Grüne Jugend Kiel
Beschlussdatum: 05.06.2024
Tagesordnungspunkt: TOP 3 Anträge

Antragstext

- 1 Die Kreismitgliederversammlung möge beschließen:
- 2 In den letzten Wochen entstand zum wiederholten Male eine politische Debatte um
- 3 die Einführung eines sozialen Pflichtjahres. Wir halten diese wiederkehrende
- 4 Debatte für verfehlt:
- 5 Ein soziales Pflichtjahr ist keine Antwort auf den Fachkräftemangel in
- 6 Gesundheit, Pflege und KITAS. Dafür sind eine Verbesserung der
- 7 Arbeitsbedingungen, bessere Bezahlung und die gezielte Anwerbung von Fachkräften
- 8 notwendig. Die Verpflichtung von ungelerten jungen Menschen hilft hier nicht
- 9 weiter.
- 10 Ebenso wenig sorgt ein verpflichtender Gesellschaftsdienst für zunehmende
- 11 gesellschaftliche Solidarität. Menschen können nicht zu Solidarität verpflichtet
- 12 werden. Solidarität entsteht aus der Eigenmotivation von Menschen und durch
- 13 gesellschaftliche Strukturen, die Solidarität ermöglichen und begünstigen. Dafür
- 14 sind Investitionen in soziale Sicherheit sowie eine Veränderung des
- 15 Bildungssystems weg von Leistungsdenken und hin zu individueller Entwicklung von
- 16 zentraler Bedeutung.
- 17
- 18 Mit der Forderung nach einem Pflichtjahr geht die Debatte um die
- 19 Wiedereinführung eines verpflichtenden Wehrdienstes einher. Schon alleine
- 20 aufgrund der verfassungsrechtlichen Verknüpfung der beiden Sachverhalte, sind
- 21 beide Fragen auch realpolitisch nicht zu trennen. Wir lehnen die
- 22 Wiedereinführung der Wehrpflicht oder eines gleichartigen verpflichtenden
- 23 Wehrdienstes grundsätzlich ab.
- 24 Schließlich existieren aktuell weder in den öffentlichen Haushalten noch bei den
- 25 Einsatzstellen, Trägern oder der Bundeswehr die Kapazitäten, um junge Menschen
- 26 in einem sozialen Pflichtjahr oder im Rahmen einer Wehrpflicht angemessen zu
- 27 begleiten. Ohnehin fehlen aktuell aufgrund der mangelhaften Finanzierung
- 28 strukturell Plätze für die bereits gegebenen Bewerber*innen in den
- 29 Freiwilligendiensten. Mit deutlich geringeren Summen könnten die bereits
- 30 vorhandenen Freiwilligendienste gestärkt und ausgebaut sowie die Bezahlung
- 31 erhöht werden. Dies würde die finanzielle Hürde senken, die aktuell viele junge
- 32 Menschen davon abhält, an einem Freiwilligendienst teilzunehmen.
- 33 Aus den genannten Gründen lehnen wir die Einführung eines Pflichtjahres
- 34 unabhängig von seiner konkreten Ausgestaltung ab!

Begründung

Erfolgt mündlich.